

Dokumentation

„So wirkt Engagement“ Konferenzen und Workshops zum Engagement für und mit Geflüchteten

Regionalkonferenzen 2017



9.-10. Oktober 2017
Frankfurt am Main
20.-21. November 2017
Lutherstadt Wittenberg

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration

Wir sind's!

Die Einwanderungsgesellschaft gestalten

Impressum

„So wirkt Engagement“
Konferenzen und Workshops zum
Engagement für und mit Geflüchteten
am 9.-10. Oktober 2017 im Spenerhaus, Frankfurt am Main sowie
am 20.-21. November 2017 im Luther-Hotel, Lutherstadt Wittenberg.

Konferenzkonzeption und Umsetzung

Arbeitsgruppe des Projektes: „Koordinierung,
Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen
Engagements für Flüchtlinge“
Stefan Paul Kollasch (Der Paritätische – Gesamtverband)
Susanne Beyer (Arbeiterwohlfahrt)
Leonie Bronner (Deutscher Caritasverband)
Eva Adams (Deutsches Rotes Kreuz)
Lorenz Hoffmann (Diakonie Deutschland)
Daniel Steinmaier (Informationsverbund Asyl und Migration)
mit Unterstützung des Referates Öffentlichkeitsarbeit der BAGFW

Dokumentation

Herausgeberin:
Bundesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege e. V. (BAGFW)
Oranienburger Straße 13-14
10178 Berlin
Telefon: 030 24089-0
Fax: 030 24089-134
E-Mail: info@bag-wohlfahrt.de
www.bagfw.de

Konzeption:
Arbeitsgruppe des Projektes „Koordinierung,
Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen
Engagements für Flüchtlinge“

Redaktion, Gestaltung, Bilder:
good.matters (www.goodmatters.net)
Christiane Schwausch

Dezember 2017



Weiterführende Informationen unter:
www.fluechtlingshelfer.info

Inhalt

Grußworte	2
Grußwort von Wolfgang Barth	2
Grußwort von Diana Gruber	4
Impulse	5
Impulsvortrag von Prof. Dr. Werner Schiffauer: „Eine Zivilgesellschaft im Aufbruch: Erfahrungen und Perspektiven des Engagements für und mit Geflüchteten“	5
Keynote von Fatuma Musa Afrah: „Engagement für Menschenrechte und Integration – Perspektive auf Ehrenamt“	7
Podiumsgespräche und Diskussionen	8
Podiumsgespräch: „Politischer Gehalt ehrenamtlichen Engagements – Wie politisch soll / darf / kann es sein?“	8
Podiumsgespräch zum Filmprojekt „Auf den zweiten Blick – Mit Geflüchteten im Tandem“	10
World Café	12
Thema 1: Nachhaltigkeit und Verstetigung der Ehrenamtskoordination	12
Thema 2: Anfeindungen von Ehrenamtlichen	12
Thema 3: Qualifizierung von freiwillig Engagierten	12
Thema 4: Engagement in der Einzelbegleitung, Mentoring, Tandem	13
Thema 5: Akquise von Ehrenamtlichen	13
Thema 6: Kooperation mit MSO und Geflüchtetenorganisationen	13
Workshops	14
Workshop 1: Der Umgang mit Abschiebung und Rückkehr von Geflüchteten im Ehrenamt	14
Workshop 2: Teilhabe von Geflüchteten in Projekten	15
Workshop 3: Politische Bildung von und mit Geflüchteten	16
Workshop 4: Öffentlichkeitsarbeit für Ehrenamtsprojekte in der Geflüchtetenarbeit	17

Grußwort von Wolfgang Barth, Abteilung Migration und Interkulturelle Öffnung des AWO Bundesverbands

„Sie und Ihre Kollegen sind der Grund, warum 80 Prozent der Menschen eine Idee davon haben, wie eine Einwanderungsgesellschaft gestaltet werden könnte“ — so bedankte sich Wolfgang Barth bei den Anwesenden für die schon fast zweijährige Zusammenarbeit, ihr Engagement, ihr Durchhalten und die zivilgesellschaftliche Einmischung in die asyl- und migrationspolitische Debatte. Angesichts des Ergebnisses der letzten Bundestagswahl sei das ehrenamtliche Engagement für Geflüchtete und damit das von der Integrationsbeauftragten geförderte Projekt „Koordinierung, Qualifizierung und Förderung der ehrenamtlichen Unterstützung von Flüchtlingen“ von großer Bedeutung für das Arbeitsfeld der Einwanderungsgesellschaft.

„Auch mit zwei Schritten nach vorn,
einem Schritt zurück kommt man ans
Ziel.“

Angesichts der Ergebnisse des Bundestagswahlen sagte Barth, wenn sich 13 Prozent der Abgeordneten ausgrenzend, diskriminierend und rassistisch verhielten, müsse die bürgerliche Mitte diesen Entwicklungen ein geballtes „Jetzt erst recht“ entgegensetzen – unter anderem durch die Gestaltung einer engagierten Willkommenskultur vor Ort. Gerade jetzt dürften die Bemühungen zur

Integration von Geflüchteten nicht nachlassen, auch wenn sich das im letzten Koalitionsvertrag geäußerte Bekenntnis zur Willkommenskultur im kommenden Koalitionsvertrag wohl nicht wiederfinde. „Der nächste Schritt nach vorn kommt wieder“.

Barth unterstrich, dass die Einwanderungsgruppe der letzten zwei Jahre so heterogen sei, wie keine zuvor – in Bezug auf die gesellschaftliche Lage in den Herkunftsländern, die Fluchtbedingungen, den Bildungsstand oder religiöse Bindungen. Diese Vielfalt der Lebenslagen müsse auch mit einer Vielfalt von Angeboten und Antworten bearbeiten werden. Die Chiffre des „Menschen mit Migrationshintergrund“ suggeriere eine Einheit, die bei ca. 17,5 Mio. individuellen Geschichten und Bedürfnissen stark irreführend sei. Es komme darauf an, diese Diversität zu betonen und zu beachten, dass „Flüchtling“ kein Wesensmerkmal eines Menschen sei: „Flüchtling sein ist nur ein Teil der eigenen Biografie.“

„Das ‚Ankommen im Kopf‘ ist eine
notwendige Voraussetzung dafür, in
Deutschland Anschluss zu finden.
Und das braucht Zeit.“

Eine weitere Herausforderung in der Flüchtlingsarbeit sei es, in Begleitungsprozessen darauf zu achten, dass Geflüchteten ausreichend Zeit zum Ankommen gewährt werde. „Jemand, der Vorgestern über die Grenze gekommen, in der Erstunterkunft gelandet ist, soll morgen fließend Deutsch sprechen, am besten auf dem Level C2, eine akademische Ausbildung in Nobelpreisnähe haben, eine Wohnung gefunden haben und glücklich und dankbar sein, in Deutschland zu leben“, karikierte Barth die oftmals überzogenen Erwartungen, die an Geflüchtete adressiert würden. „Diese Art von Turboeinwanderungsgestaltung ist nicht realistisch und hat auch mit den Bedürfnissen der Menschen wenig zu tun.“ Das „Ankommen im Kopf“ sei eine notwendige Voraussetzung dafür, in Deutschland Anschluss zu finden – und das brauche Zeit.

Barth sprach darüber hinaus eine Reihe von „Baustellen“ an. Etwa, dass es im Bereich des





bürgerschaftlichen Engagements noch eine Fülle von Fragen nach guten Prozessen gebe. Die Erkenntnis, dass Hauptamt das Ehrenamt und das Ehrenamt das Hauptamt brauche, habe sich durchgesetzt. Auch die Bundesregierung sehe, dass sich Investitionen in die Ehrenamtsförderung für die Zukunft unserer Gesellschaft auszahlen. Doch müssten wir uns immer wieder über die Gestaltung der Kooperation von Haupt- und Ehrenamt verständigen. Wie Ehren- und Hauptamt zueinander im Verhältnis stehen sollten, müsse konkret vor Ort immer wieder neu herausgearbeitet werden.

Eine weitere solche „Baustelle“ betrifft nach Barth die Geschlechterverhältnisse in der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten: „70 bis 80 Prozent der Ehrenamtlichen sind Frauen, Geflüchtete sind rund 60 Prozent Männer und davon sind 70 Prozent jugendliche Männer“, so Barth. Das solle nicht heißen, „dass nur Frauen mit Frauen und Männer mit Männern arbeiten können“, aber es brauche mehr Anstrengungen, um die Zielgruppe der jungen männlichen Geflüchteten zu erreichen.

Schlussendlich sei es wichtig, dass sich die Flüchtlingsarbeit nicht nur als begleitende, helfende Struktur verstehe, sondern auch als eine Form politischer Mitbestimmung. In diesem Zusammenhang unterstrich Barth die Rolle der Verbände der

Freien Wohlfahrtspflege, da diese auch über ein politisches Mandat gegenüber Regierungen auf Landes- und Bundesebene verfügen. Barth verwies darauf, dass die Flüchtlingsarbeit um Politik nicht herumkomme – da etwa politische Entscheidungen auf Bundesebene bei den Engagierten vor Ort oft zu Unverständnis, zu Konflikten, Frustration und lautstarker Kritik führten.

Als Beispiel nannte Barth „die Erfindung der beiden Stämme: Menschen mit guter Bleibeperspektive und Menschen mit schlechter Bleibeperspektive“. Bei vielen Ehrenamtlichen stoße diese in der Praxis anhand der Anerkennungsquoten von Herkunftsländern vorgenommene Unterteilung von Geflüchteten auf Unverständnis. Warum, so fragten sich viele Engagierte, blieben Geflüchteten aus einem Herkunftsland Integrationshilfen verwehrt, die Menschen aus anderen Herkunftsländern offenstehen, obgleich sich die Probleme beider Gruppen in der Praxis kaum unterschieden? In der Flüchtlingsarbeit vor Ort „arbeiten Menschen mit Menschen und nicht Statusinhaber miteinander“, so Barth. Entsprechend werde die politische Kritik solcher Entscheidungen weiterhin zur Arbeit mit Geflüchteten dazugehören.



Die Grußworte können online unter www.is.gd/barth_frankfurt und www.is.gd/barth_wittenberg nachgehört werden.

Grußwort von Diana Gruber, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Seit 2015 fördert der Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Maßnahmen zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements. Im Jahre 2017 wurden entsprechende Projekte der BAGFW mit etwa 4,6 Mio. Euro des mit etwa 20 Mio. Euro ausgestatteten Gesamtbudgets für Flüchtlingsprojekte gefördert. Diana Gruber vom Arbeitsstab der Integrationsbeauftragten unterstrich in ihrem Grußwort, wie wichtig es sei, dass geflüchtete Menschen bundesweit begleitet, unterstützt und willkommen geheißen werden.

„Es muss jemand da sein, der
koordiniert, der Netzwerke aufbaut,
Qualifizierungen anbietet.
Sonst funktioniert es nicht.“

Dass zum Ende 2017 fast alle verfügbaren Projektmittel abgerufen worden seien, zeige, dass die Mittel auch dort ankämen, wo sie benötigt würden. Ein Großteil der Gelder sei dafür bereitgestellt worden, den vielen ehrenamtlich engagierten Menschen hauptamtliche Kräfte zur Seite zu stellen. Laut einer Abfrage bei den Verbänden seien Mitte des Jahres 2017 bundesweit etwa 160 Koordinatorinnen und Koordinatoren beschäftigt gewesen, die über 27.000 ehrenamtlichen Kräfte koordinierten und bis Mitte des Jahres ca. 58.000 Flüchtlinge erreichen konnten.



Da der Integrationsbeauftragten die Weiterführung der Projekte über 2017 hinaus wichtig sei, wurde im Sommer eine Förderrichtlinie erlassen, in deren Rahmen Verbände, aber auch andere interessierte Projektträger Anträge bei der Integrationsbeauftragten stellen konnten. Zur Frist im September seien eine Vielzahl von Anträgen eingegangen, unter anderem der Freien Wohlfahrtsverbände, die Gruber ausdrücklich begrüßte.

Gruber wies darauf hin, dass die Aufgaben auch in 2018 nicht an Herausforderung und Bedeutung verlieren würden. Nach der Grundversorgung der Geflüchteten stehe jetzt die Integration in Schule, Ausbildung und Arbeit an. Für das Engagement der Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen im Saal und vor Ort danke sie herzlich.

Impressionen



Impulsvortrag von Prof. Dr. Werner Schiffauer: „Eine Zivilgesellschaft im Aufbruch: Erfahrungen und Perspektiven des Engagements für und mit Geflüchteten“

Prof. Dr. Schiffauer ist davon überzeugt, dass die Willkommens- oder besser Bürgerbewegung im Kern einen sehr politischen Charakter habe. Zwar beziehe sie sich nicht vordergründig auf Verteilungsfragen oder das Aushandeln von Macht, habe keine dominante Ideologie und keine Manifeste. Sehr wohl werde sie aber in der Praxis gelebt und zielen im Kern auf das, was nach Hannah Arendt der primäre Aspekt des Politischen sei: die Formierung eines Gemeinwesens. Wie soll es aussehen? Wer soll teilhaben? Wer soll dazugehören?

In dieser Bürgerbewegung habe sich die Zivilgesellschaft neu aufgestellt: Wurden ihre lebendigen Prozesse vormals administrativ eingeholt oder kapitalistisch verwertet, bot sich nun die Gelegenheit, dass die Bürger sich ihre Gesellschaft neu aneignen, dass sie zivilgesellschaftliche Vernunft gegen staatliche Rationalität stellen: Kategorisierungs- und Zuteilungslogiken der Verwaltung wurden in Zweifel gezogen und durch ein Zusammenkommen um des Gemeinwesens Willen und die Aushandlung gerechter Lösungen ersetzt.

Politisch sei die Bürgerbewegung nicht zuletzt auch, weil sich erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine große und zahlenmäßig sichtbare Gruppe zu einem anderen Deutschland bekannt hat: multikulturell, offen, heterogen.

In acht Punkten wurde die **politische Stärke** der Bürgerbewegung herausgearbeitet:

1. Lokalismus: Getragen vom humanitären Gedanken einerseits und von der Sorge um die Besetzung des Gemeinwesens durch rechte Kräfte andererseits mobilisierte sich die Stadtgesellschaft.
2. Communitybuilding: Durch das optimistische Zusammenkommen und Engagement wurde ein neues Gefühl von „wir“ geprägt.
3. Laboratorium: Viele der Initiativen verbindet eine große Lust am Experimentieren, was bei digitalen Projekten oder am Beispiel der Law Clinics besonders deutlich wird.
4. Neue politische Allianzen: Das Ehrenamt speiste sich aus humanitären, religiösen oder auch politaktivistischen Quellen, gewann einen globalen Blick und wurde verjüngt – Ein Aufbruchcharakter, der zur Neuerfindung der Zivilgesellschaft beitrug.
5. Persönlicher Charakter: Der Aspekt des Kennenlernens des Anderen und seiner Notlage war eine Form der politischen Bildung, die die Mitte der Gesellschaft für Schieflagen von politischen Kategorien wie „sichere Herkunftsländer“ sensibilisierte und breite Proteste ermöglichte.
6. Sensibilität gegenüber karitativen Fallstricken: Die Bewegung öffnete sich dem Versuch, die karitative Logik des Helfens zu überwinden, Hierarchie und Machtbeziehungen nicht zu reproduzieren und so vom Helfen zur Solidarität zu kommen.
7. Worlding: Die Bewegung ermöglichte ein Neu-denken lokaler Identität – „Glokalität“ – die ihren Stolz daraus zieht, wie ein Ort sich der Welt öffnet und Herausforderungen standhält anstatt die Zugehörigkeit zu einer alteingesessenen Gemeinde zu betonen oder Heimat mit kultureller Authentizität gleichzusetzen.
8. Herausforderung der Partizipation der Geflüchteten: Für ein politisches Gemeinwesen ist die Stimme der Geflüchteten besonders zentral – zum einen da sie immer wieder auf sich herstellende Machtdifferenzen hinweist, zum anderen aufgrund des wichtigen Erfahrungswissens darüber, wie man von „außen“ in diese Gesellschaft hereinkommt. »



„Das Ehrenamt ist
letztendlich die Institution,
von der Zivilgesellschaft
lebt.“



Prof. Dr. Werner Schiffauer erwähnte aber auch die Baustellen, die zur Aufstellung einer besseren Zivilgesellschaft bewältigt werden müssen:

1. Herstellung von Win-win-Situationen: Initiativen müssen derart ausgestaltet werden, dass Geflüchtete und Alteingesessene gleichermaßen profitieren. Der Ansatz könne vor allem in strukturschwachen Regionen mit Zuwanderung attraktiv sein.
2. Die Gemeinde mitnehmen: Das Engagement für Geflüchtete müsse in ein Engagement für die Stadtgesellschaft im Allgemeinen *mit* Geflüchteten übergehen. Aktionstage und Bürgerfeste beispielsweise erschließen soziale Netzwerke, Ressourcen und Kompetenzen.
3. Zivilgesellschaftliche und administrative Logik ausbalancieren
4. Pflege des Ehrenamts: Der Überforderung müsse durch Supervision, Beratung, Begleitung entgegengewirkt werden.
5. Potentiale der Stadt nutzen: Städte und Kommunen müssen ihre Schnittstellenfunktion zwischen Staat (abstrakte Kategorien und Statistiken) und Zivilgesellschaft (Menschen mit konkreten Problemen und Bedürfnissen) erkennen und wahrnehmen.
6. Begegnungen auf Augenhöhe schaffen: Machtdifferenzen in der Beteiligung von Geflüchteten müssen bewältigt werden, auch im Bereich der Bezahlung und der Antragskultur.
7. Projekte einbetten: Die Pflege des Kontaktes mit dem politischen Umfeld, die Präsenz in der Stadtgesellschaft, die Verzahnung mit anderen Initiativen vor Ort und das Engagement im Dachverband sind arbeitsintensiv, aber auch die Voraussetzung für Sichtbarkeit und politische Einflussnahme.

8. Neue Förderpolitik: Es bedarf einer Abkehr von der Antrags- und Projektkultur hin zu Möglichkeiten struktureller Förderung, die Engagement auf Dauer absichert.

Die deutsche Gesellschaft habe 2015 einen großen Sprung nach vorne gemacht, doch sei dies kein Grund sich zurückzulehnen. Vielmehr müsse die Bewegung politischer werden, schon weil sonst der Erfolg der eigenen Arbeit untergraben werde. Zudem gelte es, den öffentlichen Diskurs nicht der ablehnenden Seite zu überlassen, sondern jene Menschen, die unentschlossen in der Mitte stehen, mitzunehmen.

Das Erreichte müsse auch deshalb verteidigt werden, eben weil es so eng mit der Erneuerung der Demokratie an sich zusammenhänge: es gelte das neue Verhältnis zur Zivilgesellschaft und zum Ehrenamt zu bewahren, das sich nicht länger über alteingesessene Vereine definiere, in die man hineingeboren werde, sondern das als Aufgabe begriffen werde, die bewältigt und gestaltet werden will. Angesichts von Obergrenzen und der Einschränkung des Familiennachzugs könne die Bürgerbewegung zeigen: „Es geht auch anders.“



Die Präsentation zu Prof. Schiffauers Vortrag in Frankfurt kann unter www.is.gd/schiffauer_ppt nachvollzogen werden.



Die Impulsvorträge können online unter www.is.gd/schiffauer_frankfurt und www.is.gd/schiffauer_wittenberg nachgehört werden.

Keynote von Fatuma Musa Afrah: „Engagement für Menschenrechte und Integration – Perspektive auf Ehrenamt“

Fatuma Musa Afrah legte den Fokus ihres Vortrags darauf, wie Geflüchtetenarbeit verbessert werden kann. Dabei bezog sie einerseits ihre eigenen Erfahrungen als „Newcomer“ ein, andererseits Kenntnisse, die sie als Sozialarbeiterin in der Arbeit mit Geflüchteten erlangen konnte. Positiv hervorgehoben wurde die Zahl der Angebote in der Geflüchtetenunterstützung, die seit ihrer eigenen Ankunft in Deutschland stark zugenommen habe. Häufig aber würden die Bedarfe und Prioritäten der Geflüchteten nicht korrekt identifiziert bzw. gar nicht erst nachgefragt.

„Die gesuchte Problemlösung liegt in den Newcomern selbst, daher ist es unabdingbar, sie in die eigene Arbeit einzubeziehen.“

Engagierte müssen klar darlegen, was genau sie tun und wie Newcomer ein Teil davon sein können, so Afrah. Die Fähigkeiten der Newcomer müssen identifiziert und dann in die Arbeit eingebunden werden, nur dies wirke aktivierend. Man sollte immer im Hinterkopf haben, wie man eine oder zwei Personen durch die eigene Arbeit empowern kann. Inklusion gelinge nur durch aktive und selbständige Mitarbeit und Mitbestimmung. Aufgabe der Arbeit mit Geflüchteten sei daher, ihnen *ownership* zu ermöglichen.

Statt auf Empowerment und Inklusion trafen Geflüchtete jedoch viel zu häufig auf Rassismus – z.B. auf die strukturell rassistische Ausgrenzung von Geflüchteten durch abgelegene Sammelunterkünfte. Nicht selten würden Geflüchtete „mitten im Nirgendwo abgesetzt, um deutsch mit den Bäumen zu reden.“ Große Probleme bestünden aber nicht nur in Bezug auf die Unterbringung, sondern auch hinsichtlich der Anerkennung von Bildungsabschlüssen oder des Zugangs zu Arbeit. Auch die derzeitige Art der Sprachvermittlung sei laut Afrah nicht zielführend: Deutschkurse seien zwar ein Anfang, wichtiger aber sei Interaktion und der Gebrauch der Sprache im Alltag – und nicht zuletzt Motivation, die Sprache zu lernen. Einer der wichtigsten Faktoren zur Motivation

zum Spracherwerb sei die Perspektive auf Arbeit. Arbeit, sei es in Freiwilligenprojekten oder andersorts, verschaffe Menschen Respekt innerhalb der Gesellschaft und nicht zuletzt Selbstbewusstsein.

Ein besonderes Augenmerk legte Afrah auf die Situation geflüchteter Frauen und entsprechende Integrationsangebote – etwa safe spaces in der Nachbarschaft, in denen Frauen sich austauschen und Aufklärung über ihre Rechte bei gleichzeitigem Respekt ihrer Kultur erfahren könnten. Die Rückmeldungen aus dem Publikum unterstrichen, dass sowohl das Engagement Geflüchteter in den Projekten als auch die Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen gefördert werden müssen, dass die Unterstützung von Geflüchteten kaum denkbar ist ohne eine Kritik an ausgrenzenden Strukturen – etwa beim Zugang zum Arbeitsmarkt – und dass dazu nicht selten auch die Auseinandersetzung mit postkolonialen Strukturen im eigenen Kopf gehört.



Podiumsgespräche: „Politischer Gehalt ehrenamtlichen Engagements – Wie politisch soll / darf / kann es sein?“

Mit Ruhin Ashuftah (Traumapädagoge, Journalist), Jost Hermann (Ehrenamtskoordinator in Weilheim-Schongau, Vorsitzender des Fördervereins Asyl im Oberland), Prof. Dr. Werner Schiffauer, Christine Schmitz (Freiwillig Engagierte, Flüchtlingskirche Berlin), Anne-Sarah Shiferaw (Bundesverband Volkssolidarität) und Kava Spartak (Yaar e.V.), Moderation: Eva-Maria Antz (Stiftung Mitarbeit), Sidonie Fernau (Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hamburg)

Wohin entwickelt sich das ehrenamtliche Engagement vor dem Hintergrund von Asylrechtsverschärfungen und Gewalt gegen Geflüchtete? Darüber diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen von zwei Podiumsgesprächen in Frankfurt und Wittenberg.

Anne-Sarah Shiferaw bestätigte, dass ihr Verband – die Volkssolidarität – Erfahrungen mit Bedrohungen und Störungen von Veranstaltungen zum Thema Flucht und Migration gemacht habe. Einige Ehrenamtliche würden aus Angst nicht mehr öffentlich auftreten oder hätten ihr Ehrenamt sogar niedergelegt. Auch die Akquise von Engagierten werde dadurch erschwert. Außerdem habe es nach dem Wahlerfolg der AfD Befürchtungen gegeben, dass nicht-weiße Menschen, egal ob mit oder ohne Migrationsgeschichte, wieder vermehrt Opfer rassistischer Gewalt werden. Sie beobachtet, dass die Rechte

Kava Spartak von Yaar e.V. ergänzte, dass Organisationen, die hauptsächlich in der Einzelunterstützung tätig sind, zwar wenig Zeit für das Engagement gegen Rechts hätten, langfristig aber dennoch einen Beitrag leisteten. Sein Verein, der Geflüchtete aus Afghanistan berät, tue dies beispielsweise durch Integrationsförderung und Programme für interkulturellen Dialog. Der Rechtsruck Anfang der 90er Jahre sei der heutigen Situation seiner Meinung nach nicht unähnlich gewesen. Allein die Rhetorik sei weniger offen ausgefallen, da das Thema von der CDU/CSU und nicht von AfD und Pegida verhandelt wurde. Aus seiner Sicht hätten die vielen ehrenamtlich Engagierten in den letzten Jahren keine Stimme gefunden, zum einen da sie mit der Alltagsunterstützung von Geflüchteten beschäftigt gewesen seien, zum anderen weil sie mit jeder Schlagzeile mehr unter Beschuss gerieten und sich zurückhalten mussten. Außerdem hätten sie ihren Beitrag nur im Rahmen einer zum Scheitern verurteilten Politik leisten können. Da müsse man sich auch selbst in die Verantwortung nehmen, mehr zu hinterfragen, sichtbar zu werden und proaktiv Druck zu machen, damit sich die Situation von Regierungsseite her verändere.

Laut Prof. Dr. Werner Schiffauer bestehe die Aufgabe vor allem darin, sich nicht nur *gegen* die AfD aufzustellen, sondern Begeisterung *für* etwas zu schaffen – etwas Positives und Gemeinschaftstiftendes. Es gelte zu zeigen, dass politisches Engagement eben nicht nur im Gang zur Wahlurne besteht, sondern vor allem durch „Stadt machen“, also aktives Nachbarschaftsengagement geprägt wird. Sehr viele Menschen hätten sich durch das Ehrenamt politisiert. In ihrer Arbeit vor Ort würden sie mit den Strukturen des deutschen Staates und der Weltgemeinschaft konfrontiert – Strukturen, die ebendiese Arbeit untergruben. Die richtige Frage sei daher nicht, wie politisch ehrenamtliches Engagement sein soll, darf oder kann, sondern wie politisch die Wohlfahrtsverbände sein sollen, dürfen oder können. Ihre Stellung



Prof. Dr. Werner Schiffauer und Christine Schmitz in Wittenberg

immer offensiver werde und längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Man müsse daher enger zusammenrücken und sich einmal mehr gegen Rechts und für eine friedliche, diverse Gesellschaft einsetzen. Ihrer Erfahrung nach fehle in diesem Zusammenhang besonders in ländlichen Regionen die Unterstützung durch die Politik.



Anne-Sarah Shiferaw, Eva-Maria Antz, Kava Spartak und Prof. Dr. Werner Schiffauer in Frankfurt am Main

zwischen Zivilgesellschaft und Staat sollte man als Chance begreifen, den Forderungen aus dem Ehrenamt Wucht zu verleihen.

Den Einwand, dass eine stärkere Politisierung der Verbände auch zu höheren Hürden für das Engagement führen könnte, teilte Christine Schmitz, Freiwillig Engagierte der Flüchtlingskirche Berlin, nicht. Ehrenamt sei per se politisch; man positioniere sich, fülle eine Lücke und weise auf einen Missstand hin, dessen Ausgleich man anstrebe. Selbst wenn man zunächst hauptsächlich Brötchen schmiere oder Arztbesuche begleite – bei längerem Engagement stelle sich irgendwann eine politisch kritische Perspektive ein.

Aus dem Publikum wies Prof. Dr. Sabine Jungk darauf hin, dass wissenschaftliche Untersuchungen zwar zeigten, dass die Ehrenamtlichen sehr divers und in unterschiedlichen Abstufungen politisiert seien, sich aber ein roter Faden durchziehe: Enga-

gierte wünschten sich, dass ihre Erfahrungen in der Politik anerkannt werden und suchten daher ein Forum, wo sie ihre eigenen Kenntnisse über Missstände einbringen können.

Dies könnte beispielsweise im Kontext eines nationalen Ehrenamtskongresses geschehen. Ein Vorbild auf lokaler Ebene sei hier die Tutzingener Resolution zur bayerischen Asylpolitik, die Anfang 2017 von Asylhelferkreisen im Oberland beschlossen wurde und der sich bayernweit rund 200 Helferkreise anschlossen. Drei Kernforderungen an die bayerische Politik wurden ausgearbeitet: Kein Arbeitsverbot für Asylbewerber, keine Restriktionen bei Bildungsangeboten und Ausbildung und drittens keine Abschiebungen nach Afghanistan in der gegenwärtigen Situation. Jost Hermann, Vorsitzender des Fördervereins Asyl im Oberland, berichtete, dass daraus mittlerweile ein kontinuierlicher Dialog mit Teilen der bayerischen Politik erwachsen sei, die sich dankbar für einen Gesprächspartner zeige. Laut Prof. Dr. Schiffauer wären die Wohlfahrtsverbände ein geeignetes Forum, um Ähnliches auf nationaler Ebene zu organisieren.

Eben dieses Einholen von Informationen an der Basis wünscht sich Ruhin Ashuftah, Traumapädagoge und Journalist, von der neuen Regierung. Die müsse endlich die Wahlkampfhaltung ablegen und rationale Politik machen, die sowohl das Grundgesetz als auch die Realität zu Kenntnis nehmen müsse – zum Beispiel den Fakt, dass Kabul nicht sicher ist. Politisches Taktieren und Wortbrüche hätten eine überaus negative Signalwirkung an jene Menschen, die sich zu integrieren versuchen; die psychologischen Auswirkungen einer solchen Situation seien gesellschaftlich nicht zu unterschätzen.



Sidonie Fernau, Ruhin Ashuftah und Jost Hermann in Wittenberg

Auf den zweiten Blick – Mit Geflüchteten im Tandem Filmvorführung und anschließende Diskussion

Mit Julia Oelkers (Dokumentarfilmerin), Prof. Dr. Sabine Jungk (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin), Fatuma Musa Afrah (Beraterin und Referentin) sowie Protagonistinnen und Protagonisten des Films: Reza Gholamzadeh, Martina Henges, Khairi Kasem, Holger Bergmann
Moderation: Eva-Maria Antz (Stiftung Mitarbeit), Sidonie Fernau (Paritätischer Wohlfahrtsverband Hamburg)

Was macht Eins-zu-Eins-Beziehungen zwischen Ehrenamtlichen und Geflüchteten so besonders? Dieser Frage ist Julia Oelkers in ihrem Dokumentarfilm „Auf den zweiten Blick“ nachgegangen. Seine Aufführung bildete den Auftakt zur Auseinandersetzung mit dem Thema freiwilliges Engagement im Tandem – unter anderem mit den Protagonistinnen und Protagonisten des Films.

Die Wahl auf das Thema Tandem fiel zwischen den initiiierenden BAGFW-Verbänden und Oelkers, da es von den meisten Menschen als eine der nachhaltigsten Möglichkeiten der Geflüchtetenunterstützung angesehen werde. Wissenschaftlich begleitet wurde das Filmprojekt unter anderem von Prof. Dr. Sabine Jungk. Ziel dabei war, exemplarisch mögliche Hürden der Einzelunter-



Julia Oelkers in Wittenberg

stützung aufzudecken, um diese Erkenntnisse in Weiterbildungssituationen anwenden zu können. Die Einbeziehung dieser kritischen Perspektive geschah auch vor dem Hintergrund der Grenzen der filmischen Begleitung: Tandems, die bereit sind sich porträtieren zu lassen, kommen tendenziell sehr gut miteinander aus, offene Kritik am Gegenüber vor laufender Kamera ist eine Seltenheit und für das Herausarbeiten von Konflikten wäre eine wesentlich längere Begleitung erforderlich.

Bei den Diskussionen in Frankfurt und Wittenberg nahm jeweils ein Tandempaar aus dem Film teil. Reza Gholamzadeh lernte Martina Henges im Deutschunterricht kennen, wo er ihr aufgrund seiner bereits bestehenden Englischkenntnisse bei kulturellen Fragen weiterhelfen konnte. Beide hoben hervor, wie sehr die Einzelbegleitung ihr Leben veränderte. Gholamzadeh war als afghanischer Staatsbürger im Iran starken systematischen Diskriminierungen ausgesetzt – „obwohl wir gleich aussehen und eine ähnliche Kultur haben.“ Gleiches hätte er von Deutschland erwartet. Durch seine Begegnungen mit Martina Henges und anderen habe er aber gelernt, dass andere ihn so akzeptieren, wie er ist. Henges wiederum hat sich aufgrund der Erzählungen Rezas und anderer Geflüchteter stärker mit dem kulturellen Hintergrund und der politischen Situation in den Herkunftsländern beschäftigt. Ihre Schlussfolgerung: Das Privileg, in einer offenen und friedlichen Gesellschaft zu leben, gelte es auch politisch zu verteidigen, beispielsweise gegenüber der AfD.

Holger Bergmann und Khairi Kasem, das zweite Tandempaar, lernten sich über „biffy Berlin“ kennen, ein Patenschaftsprogramm für Berliner Kinder, in dem Bergmann bereits seit langem engagiert war. Kasem ist aus dem Nordirak geflüchtet und hat in Deutschland – auch mit Bergmanns Unterstützung – erstmals lesen und schreiben gelernt. Sein Ziel ist eine Ausbildung in der Altenpflege, so könne er später auch seinem Tandempartner etwas zurückgeben.

Auf die Frage nach der Bedeutung der hauptamtlichen Begleitstruktur für die Tandemsituation, hob Holger Bergmann vor allem die Notwendigkeit einer langfristigen Finanzierung hervor. Nur so könne vermieden werden, dass Aufgaben, die professioneller Bewältigung bedürfen, ins Ehrenamt abgeschoben werden und die Engagierten ggf. überfordern. Dies sei vor allem im Kontext der Begleitung von Kindern und Jugendlichen notwendig. Denn dieses Engagement sei aus der Sache heraus auf Dauer angelegt und führe



Prof. Dr. Sabine Jungk, Julia Oelkers, Sidonie Fernau, Khairi Kasem und Holger Bergmann in Wittenberg

durch Höhen und Tiefen, die es gemeinsam durchzuarbeiten gelte. Eine wichtige Rolle spiele auch der Austausch mit anderen Paten. Jungk ergänzte, dass entsprechende Reflexionsangebote auch für Geflüchtete sinnvoll wären, um deren Autonomie in der Partnerschaft zu stärken. Gleiches gelte für Qualifizierungs- oder Informationsangebote, zum Beispiel im Bereich Wohnungssuche. Weitere Unterstützung von Ehrenamtlichen sei zudem bei der Erstattung von Fahrtkosten oder Eintrittskarten wünschenswert. Engagierte in weniger stabilen finanziellen Situationen könnten so mehr mit ihren Tandempartnerinnen und Tandempartnern unternehmen. Dies sei im Endeffekt auch eine Gerechtigkeitsfrage, denn ehrenamtliches Engagement entlaste auch den kommunalen Haushalt, so Holger Bergmann.

Alle Diskussionsteilnehmer hoben hervor, dass eine reflektierte Beziehungsgestaltung das wichtigste Element einer erfolgreichen Einzelbegleitung sei. Die Aspekte Nähe und Distanz gelte es so auszutarieren, dass die Selbstsorge nicht zu kurz komme, Übergriffigkeiten, Paternalismus

und Entmündigung ausgeschlossen werden und enttäuschte Erwartungen nicht in Generalisierungen und Stereotype umschlagen. Fatuma Musa Afrah ergänzte, dass es daher besonders wichtig sei, beide Tandemseiten auf die Begegnung vorzubereiten und Hilfestellungen in offener Kommunikation und Erwartungsmanagement anzubieten.

Auf die Frage, wie Menschen für ein Ehrenamt begeistert werden können, unterstrich Jungk zunächst die Notwendigkeit, entsprechende niedrigschwellige Gelegenheiten zu schaffen. Die Situation in 2015 war auch deswegen so dynamisch, weil Engagierte einfach so in eine Aufgabe „hineinrutschen“ konnten – es gab kaum Regularien, man benötigte keine speziellen Ausweise oder Zeugnisse, musste sich nicht an Zeiten halten. Außerdem lohne es sich, die Medienaufmerksamkeit und damit eine „Kultur des Helfens“ aufrechtzuerhalten. Das Engagement Geflüchteter selbst hänge dagegen sehr von der eigenen Situation ab – Wie sehr bin ich selbst angekommen? Wie gut verstehe ich die Sprache? Holger Bergmann wies abschließend darauf hin, dass Geflüchtete auch wissen müssen, dass es diese Möglichkeit überhaupt gibt. Vereine sollten daher Geflüchtete zielgerichteter ansprechen, auch über Social Media oder Besuche in Schulen.



Martina Henges und Reza Gholamzadeh in Frankfurt



Den Abschlussbericht des Praxisforschungsprojekts „Ehrenamt mit Geflüchteten“ von Prof. Dr. Jungk findet man unter www.is.gd/praxisforschung.



Der Film „Auf den zweiten Blick“ kann unter www.is.gd/aufdenzweitenblick angeschaut werden.

World Café

Moderation: Eva-Maria Antz und Sidonie Fernau

Thema 1: Nachhaltigkeit und Verstetigung der Ehrenamtskoordination

Beim Übergang von der Nothilfe zur tatsächlichen Integrationsunterstützung und vor dem Hintergrund einer schwierigen politischen Situation ist eine kompetente Koordination des Ehrenamtes besonders wichtig. Professionalisierung und Institutionalisierung beugen der Helfermüdigkeit vor. Viele Initiativen haben sich bereits zu Vereinen oder anderen verbindlichen Organisationsformen entwickelt; dies ist ein Zeichen verstetigten Engagements. Eine bessere Abstimmung zwischen den einzelnen Projekten vor Ort bei der Beantragung von Mitteln sowie ein Mehr an Netzwerkarbeit und Kooperationsprojekten hilft, existierende Ressourcen effektiver zu nutzen. Darüber hinaus bedarf es zusätzlicher niedrigschwelliger Finanzierungsmöglichkeiten. Vor allem muss jedoch der Blick geweitet werden: Die Begleitung Geflüchteter ist ein Teil des bürgerschaftlichen Engagements; entsprechende Erfahrungen können in anderen Arbeitsbereichen Anwendung finden.



Fotodokumentation und Kontakt:
www.is.gd/tisch_verstetigung

Thema 2: Anfeindungen von Ehrenamtlichen

Von der eigenen Familie wie auch von rechten Gruppen – ehrenamtlich Engagierte können sich diversen Anfeindungen ausgesetzt sehen. An Orten, an denen die Gesellschaft traditionell weniger „bunt“ ist, ist dies stärker zu beobachten. Sehr hilfreich ist es dann, wenn Verantwortliche des Gemeinwesens wie Bürgermeister und Bürgermeisterinnen oder Stadtverwaltung aufmerksam sind und sich klar für eine Willkommenskultur aussprechen. Auch das Schaffen von Bündnissen und die Vernetzung mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen sind wirksame Mittel zum eigenen Empowerment. Auf persönlicher Ebene helfen Ermutigung und Wertschätzung, zum Beispiel durch hauptamtlich Tätige, Argumentationstrainings sowie schließlich Opferberatungsstellen und mobile Beratungsstellen gegen Rechts. Sofern sich die Aggressivität der Anfeindungen in



Grenzen hält, können sie auch als Anlass für einen argumentativen Austausch genutzt werden. Das funktioniert jedoch nur, sofern das Gegenüber für sachliche Argumente erreichbar ist. Schließlich ist festzuhalten, dass auch Anfeindungen gegenüber Geflüchteten nicht signifikant zurückgegangen sind und daher immer mitgedacht werden müssen.



Fotodokumentation und Kontakt:
www.is.gd/tisch_anfeindung

Thema 3: Qualifizierung von freiwillig Engagierten

Die Nachfrage nach Qualifizierungsangeboten hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Klassische Maßnahmen wie beispielsweise zum Thema „interkulturelle Sensibilisierung“ werden weniger häufig abgerufen. Stattdessen werden neue Angebote nachgefragt, beispielsweise zu den Bereichen Sucht, Digitalisierung, rechtliche Veränderungen oder Hintergrundinformationen zum Leben der Geflüchteten. Letzteres kann für die Geflüchteten selbst auch einen Einstieg in eigenes Engagement darstellen. Und tatsächlich ist festzuhalten, dass sich heute immer mehr Menschen mit Fluchterfahrung für Qualifikationsangebote interessieren, der Adressatenkreis solcher Fortbildungen sich also erheblich öffnet. Als fortwährend problematisch wird der Stadt-Land-Unterschied gesehen: Dem vielfältigen und gut wahrgenommenen Angebot in urbanen Räumen steht die schwierige Erreichbarkeit auf dem Land gegenüber. In diesem Rahmen sollte daher auf Mindestteilnehmerzahlen verzichtet werden und stattdessen die Chance zur wesentlich intensiveren Qualifizierung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer genutzt werden. Die Diskussionsrunde sprach sich außerdem für ein verpflichtendes Basisangebot für ehrenamtlich Engagierte aus.



Fotodokumentation und Kontakt:
www.is.gd/tisch_qualifizierung

Thema 4: Engagement in der Einzelbegleitung, Mentoring, Tandem

Einzelbegleitung existiert in den verschiedensten Abstufungen der Verbindlichkeit – von der losen Bekanntschaft über die Hausaufgabenhilfe oder Berufseinstiegsmentoring bis zur Vormundschaft. Unter Zuhilfenahme des Tandembildes wurde daher eine Vielfalt von Fragen diskutiert: Wer hat den Lenker in der Hand? Wer radelt wann? Wer steigt wann ab? Wo entstehen Kräfte?

In der Begleitung solchen Engagements wurden vor allem Niederschwelligkeit und Stetigkeit als wichtige Aspekte genannt. So finden Engagierte besseren Zugang zu „Helfer-“ oder „Tandemrunden“ statt zu „Supervision“. Runden, in denen Geflüchtete und Engagierte gemeinsam begleitet werden, funktionieren dort praktisch besonders gut, wo die Gruppe der Geflüchteten sprachlich und kulturell relativ homogen ist.

Muss aus Hilfe Freundschaft werden? Wie trennt man sich, wenn es nicht klappt? Wo fängt die Einzelbegleitung an, wo hört sie auf? Im Austarieren von Nähe und Distanz zwischen den Partnern ist eine fortlaufende Beratungsebene durch das Hauptamt besonders hilfreich. Wichtig ist hier, auch bei den Geflüchteten nachzuforschen, ob das Tandem gut funktioniert.



Fotodokumentation und Kontakt:
www.is.gd/tisch_tandem

Thema 5: Akquise von Ehrenamtlichen

Ein grundlegendes Problem in der Akquise von Ehrenamtlichen, das auch im Bereich der Qualifizierung anzutreffen ist, ist das Nebeneinander vieler verschiedener Akteure vor Ort. Hier ist eine bessere Abstimmung untereinander nötig. Darüber hinaus bedarf es klarer Angebote, konkret beschriebener Aufgaben und transparenter Strukturen, um neue ehrenamtlich Engagierte einzubinden. Neue Kooperationspartner – vor allem außerhalb der Arbeitswelt der Vereine, dafür aber in unmittelbarer Nachbarschaft – wie Unternehmen oder Schulen bieten weitere Möglichkeiten zur Akquise von Ehrenamtlichen. Dies gelingt am besten über positive Botschaften, welche verstärkt nach außen getragen werden müssen. Geflüchtete kommen häufig über andere Geflüchtete, die zurzeit engagiert sind, enga-

giert waren oder die selbst konkret vor Ort Hilfe erfahren haben, zum Ehrenamt. Hilfreich ist es auch, wenn sie einen Nutzen für sich selbst in der Tätigkeit sehen. Es sollte daher ein Fokus darauf gelegt werden, entsprechende Win-win-Situationen zu schaffen. Es ist jedoch auch wichtig, bereits engagierte Ehrenamtliche zu halten. Durch aktive Wertschätzung kann Frustration, beispielsweise aufgrund von Behördenerfahrungen, ausgeglichen werden. Dazu gehört im konkreten Beispiel auch, die Erfahrungen der Engagierten zurück an die Behörden zu transportieren. Bezüglich der Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit sollte Social Media der Vorrang vor Flyern gegeben werden, vor allem bei der Einbindung Geflüchteter ins Engagement.



Fotodokumentation und Kontakt:
www.is.gd/tisch_akquise

Thema 6: Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen (MSO) und Geflüchtetenorganisationen

Die Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen ist erwünscht, häufig aber nicht einfach herzustellen. Gute Erfahrungen wurden in der Kooperation mit bereits langfristig bestehenden MSO gemacht, da dort Strukturen aufgebaut wurden, die Dialog vereinfachen und Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Bei neugegründeten MSO hingegen kann es zu Motivationsermüdungen kommen. MSO sind hinsichtlich der Vergabe von Geldern oder Räumen häufig benachteiligt, weswegen es besonders wichtig ist, Augenhöhe herzustellen. Andernfalls kann die Arbeit der Wohlfahrtsverbände sogar als Konkurrenz gesehen werden. Eine strukturelle Förderung von MSO könnte hier Abhilfe schaffen. Schwierig ist es auch, den richtigen Kooperationspartner zu finden, da die Strukturen oder die politische bzw. religiöse Ausrichtung nicht immer klar erkennbar sind. Jedoch gilt: Von Ausländerbeiräten über Integrationsräte zu Moscheegemeinden – Migrantenselbstorganisationen und Geflüchtetenorganisationen sind ein Schatz in unserer Gesellschaft, den es zu schützen und auch unter teils schwierigen Voraussetzungen einzubeziehen gilt.



Fotodokumentation und Kontakt:
www.is.gd/tisch_mso

Workshop 1: Der Umgang mit Abschiebung und Rückkehr von Geflüchteten im Ehrenamt

Leitung: Maria Bethke (Diakonie Hessen)*, Jacqueline Schöneck (AWO Bundesverband)**, Yorck Reep (Supervisor) | Organisation: Leonie Bronner (Deutscher Caritasverband)

Der als Austauschforum angelegte Workshop thematisierte den Umgang mit Abschiebung und Rückkehr im Ehrenamt – sowohl im Bereich rechtlicher Handlungsoptionen, als auch hinsichtlich der Begleitung von Ehrenamtlichen, wenn die Abschiebung eines vertrauten Menschen nicht abzuwenden ist.

Ein abgelehnter Asylantrag muss u.U. noch keine Abschiebung bedeuten. Im rechtlichen Teil des Workshops wurden zahlreiche Handlungsoptionen aufgezeigt, die je nach Fall und individueller Lebenssituation gangbare Alternativen darstellen können. Wichtig ist, dass Ehrenamtliche in solchen Situationen den Kontakt zu einer Beratungsstelle oder Anwältinnen und Anwälten vermitteln, damit die Betroffenen eine fachliche Beratung erhalten. In der Regel bringt dies auch eine emotionale Entlastung sowohl für die Geflüchteten als auch die freiwillig Engagierten. Folgende Erkenntnisse sind aus der Perspektive der Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren besonders hervorzuheben:

- Asylrechtliche Klagen sind kostenbefreit, aufenthaltsrechtliche Klagen allerdings nicht
- Duldungsgründe stehen im §60a AufenthG
- Bei komplexen Fällen können Politikerinnen und Politiker bspw. in die Verhandlungen mit Ausländerbehörden einbezogen werden
- Praxistipp zur Ausbildungsduhlung: mit dem betrieblichen Teil vor dem schulischen Teil beginnen, um ggf. die Lücke zwischen Vertragsabschluss und Ausbildungsbeginn (i.d.R. September und Februar) zu schließen

Das Supervisionsteam Herr Reep und Frau Krull sensibilisierten die Gruppe am Beispiel von Abschiebungen für drei Phasen des freiwilligen Engagements in der Flüchtlingsarbeit. Die erste Phase „Willkommen“ ist geprägt von Tatendrang: Erstversorgung, der Aufbau von Beziehungen sowie die Bereitstellung konkreter Hilfsangebote, zum Beispiel Sprachkurse, stehen im Mittelpunkt. In der zweiten Phase, nach einem abgelehnten Asylantrag, droht die Abschiebung. Ehrenamtliche sorgen sich, fühlen sich hilflos. Viele werfen sich vor, nicht genug zur Verhinderung der Abschiebung unternommen zu haben. In der

dritten Phase ist die Abschiebung vollzogen. Hier gibt es zwei idealtypische Wege: Zum einen sind Ehrenamtliche resigniert, trauern, fühlen sich ohnmächtig. Viele haben nicht die Möglichkeit sich zu verabschieden. Andere wiederum schaffen eine Neuorientierung und können sich zuversichtlich auf neue Beziehungen einlassen.

Viele Engagierte waren bereits vor der Anbindung an Strukturen tätig. In der Begleitung von Ehrenamtlichen in der zweiten und dritten Phase ist daher zu beachten, dass das Engagement in der Flüchtlingsarbeit besonders ist, weil durch das Asylverfahren unklar ist, wie lange es bestehen wird. Hier liegt ein Unterschied zu vielen anderen Formen des freiwilligen Engagements, bei denen ein Begleitprozess relativ klar absehbar ist, z.B. in der Jugendarbeit oder der Unterstützung im Hospiz. Außerdem sollten Gruppensupervisionen (Austauschtreffen/ Gedankenaustausch) immer von einer Ehrenamtskoordination begleitet werden, um Fachwissen zu vermitteln oder auf Beratungsdienste zu verweisen. Dies trägt zur emotionalen Entlastung der Engagierten bei. In der Auseinandersetzung mit einem konkreten Fall einer Ehrenamtlichen aus der Flüchtlingsarbeit, die mit der Abschiebung einer vertrauten Person umzugehen hat, wurde folgendes Vorgehen zur Unterstützung erarbeitet:

- Gefühlen Raum geben
- Wertschätzung des Erreichten
- Information: Migrationsberatung, Anwälte
- Eigenes Netzwerk aktivieren
- Geteilte Verantwortung
- Unterstützung einholen
- Verortung des Ehrenamts in der Struktur
- Umgang mit „Älter-geworden sein“ (Engagement hängt häufig mit dem aktuellen Lebensabschnitt einer Person zusammen)
- Rollenklärung
- Möglichkeiten des Kontakthaltens aufzeigen
- Austausch im Freundeskreis empfehlen
- Thema „Abschiedlichkeit“



Fotodokumentation unter
www.is.gd/ws_abschiebung

Workshop 2: Die Teilhabe von Geflüchteten in Projekten

Leitung: Tanja Berg (Minor Projektkontor), Madeleine Martin*, Ahmed Hussain* (Projekt Peers Helfen)
Organisation: Susanne Beyer (AWO Bundesverband)



Der Workshop hat mit niedrigschwelligen Methoden dazu angeregt, sich aktiv mit dem Thema Teilhabe von Geflüchteten auseinanderzusetzen. Die Teilnehmenden kamen in den Austausch darüber, wie gute Praxis im Hinblick auf die Teilhabe von Geflüchteten im bürgerschaftlichen Engagement aussehen kann. Auf dieser Grundlage wurden die verschiedenen Vorstellungen davon, was Teilhabe konkret bedeutet und bewirkt, diskutiert; zudem wurden Beispiele gelungener Beteiligung von Geflüchteten in Projekten vorgestellt.

Der Workshop behandelte grundlegende Fragen über die Voraussetzungen, die auf individueller Ebene bei Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen gegeben sein müssen, damit Teilhabe bei großer Heterogenität möglich ist. Nötig dazu ist die Beschäftigung mit den eigenen Vorstellungen davon, was gesellschaftliche Teilhabe überhaupt bedeutet und welche Voraussetzungen im Denken, Handeln und in den Strukturen vor Ort gegeben sein müssen. In der Diskussion – sowohl über die Voraussetzungen als auch über die Begriffsdefinitionen – gab es einen lebendigen Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Dabei kamen die regionalen Unterschiede, die Frage nach Stadt und Land sowie der Projektrahmen zur Sprache. Die Erfahrungen und Vorstellungen wurden dann

in zwei weiteren Schritten mit der Alltagssprache in Verbindung gebracht. Madeleine Martin und Ahmed Hussain, beide vom Projekt „Peers helfen – Selbstbestimmt im neuen Land“ der AWO Freiwilligenagentur Jugend, Soziales, Sport, stellten in Frankfurt ihr Projekt und die konkreten Angebote, Erfahrungen und Ergebnisse zur Teilhabe von Geflüchteten vor. Abschließend konnten in der Diskussion noch einmal die Fäden verknüpft werden, so dass Ansprüche, Erfahrungen und Forderungen für die zukünftige Projektplanung verbunden werden konnten. In Wittenberg wurden zudem konkrete Praxisbeispiele in Arbeitsgruppen erarbeitet, die die Förderung der Teilhabe von Geflüchteten vor Ort bewirken sollen. Eines der Ergebnisse war, dass sich die einzelne Akteurin bzw. der einzelne Akteur mit den Interessen, der Motivation und den Möglichkeiten der Geflüchteten beschäftigen müsse. Teilhabe lasse sich nicht verordnen, sondern nur durch das „gemeinsame Machen“ entwickeln, äußerte eine Teilnehmerin. Dazu gehöre es auch, Räume zur Gestaltung bereit zu stellen. Dabei müsse auch der gesellschaftspolitische Rahmen mitgedacht und ggf. verändert werden.



Fotodokumentation unter
www.is.gd/ws_teilhabe

Workshop 3: Politische Bildung von und mit Geflüchteten

Leitung: Hannah Wettig, Hussein Ghrer*, Ghiath Mithawi** (Projekt vom Flüchtling zum Bürger)
Organisation: Lorenz Hoffmann (Diakonie Deutschland)

Ziel des Workshops war es, Partizipation als Möglichkeit der Vermittlung von Werten wie Demokratie und Gleichberechtigung vorzustellen. Demokratie lernt man nur durch Mitmachen, so die Erfahrung der Workshop-Coaches aus ihrer Arbeit im Nahen Osten. Ihr Projekt „Vom Flüchtling zum Bürger und zur Bürgerin“ entstand aus ihrer Demokratie-Arbeit in Syrien und im Irak. Die Trainerinnen und Trainer sind selbst geflüchtet und haben sich zur Aufgabe gemacht, Geflüchtete mit demokratischen und partizipativen Strukturen vertraut zu machen. Dabei fängt Partizipation bereits beim Gestalten des Kitagartens oder beim Verschönern der Straße an – Aktivitäten, die in Diktaturen oft schon verboten sind. In den arabischen Revolutionen begannen die Aktivistinnen und Aktivisten daher häufig mit genau solchen Aktionen, um sich ihre Stadt und ihr Land zurückzuholen. In der konkreten Arbeit mit Geflüchteten ist es entscheidend, die in Diktaturen antrainierten Verhaltensweisen zu überwinden. Es geht allerdings nicht um ein „Beibringen“ von demokratischen Werten, sondern um das Aufbrechen von Ängsten und Zweifeln.

Zum Einstieg sammelten die Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer Punkte, die ihnen bei der politischen Bildung bzw. Wertevermittlung für und mit Geflüchteten wichtig sind: Gleichwertigkeit aller Menschen, Frauenrechte, Positionierung gegen Rassismus und Sexismus, „Was ist denn eigentlich Demokratie?“, Einblick in die politischen Ansichten der Geflüchteten, Rassismus unter Geflüchteten, Partizipation: „Wer hat teil?“ Ist es häufig nur die Mittelschicht? Im Laufe des Workshops wurden auf Anregung eines Teilnehmers aus Afghanistan noch Religion und Emanzipation zu den oben genannten Punkten hinzugefügt. Angemerkt wurde auch, dass Teile der Religion verhindern können, dass Demokratie umgesetzt wird.

Welche Demokratie wir meinen, stellte sich im Verlauf des Workshops als wichtiges Thema heraus. Demokratie ist nicht der Wahlgang aller vier Jahre. Dies gäbe es auch in Ländern wie Äthiopien; echte Teilhabe sei dort dennoch nicht möglich. Auch bei Deutschen besteht Unsicherheit. Man sollte Demokratiebildung daher nicht

allein für Geflüchtete machen, sondern auch für Deutsche.

Eine Vertreterin des Projekts „Auf Augenhöhe“ mit ganz ähnlichen Zielsetzung wie das Projekt „Vom Flüchtling zum Bürger“ stellte ihr Konzept vor. Beide Projekte verbindet auch die Erfahrung, dass eine Gruppe zunächst befähigt werden muss, dass Meinungen offen und gleichberechtigt geäußert werden.

Deutsche wie Geflüchtete wiesen in dem Workshop darauf hin, dass die große Leistung Ehrenamtlicher gewürdigt werden müsse und oft zu schnell Rassismus unterstellt werde. Dies könne eine Belastung für Ehrenamtliche sein. Es sei nicht problematisch, Erwartungen an Geflüchtete zu haben wie das Einhalten von Verabredungen. Vielmehr sei es abwertend, wenn man nichts von Menschen erwarte und denke: „Die sind halt so.“

Als Abschlussübung sammelten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gründe, warum sie selbst engagiert sind. Diese Liste kann als Checkliste für Partizipationsangebote für Geflüchtete dienen. Es gibt Gründe für Partizipation; sind diese nicht gegeben, bleibt man auch gut gemeinten Angeboten fern. Genannt wurden:

- Freunde treffen, Spaß haben, ein Hobby verwirklichen (z.B. Singen), Gemeinschaft erleben;
- eigene Fähigkeiten ausbauen, selbst etwas lernen, Erfahrungen sammeln;
- begeistert von einer Idee sein, etwas aufbauen, was wichtig ist, etwas Sinnvolles tun, soziale Verantwortung übernehmen, Verbundenheit erfahren, eigene Fähigkeiten nutzbar machen;
- etwas zurückgeben, was man selbst bekommen hat, etwas zurückbekommen: Geben ist ein gutes Gefühl;
- an der Lösung von Problemen arbeiten, mitgestalten, sich für Werte einsetzen.



Fotodokumentation unter
www.is.gd/ws_polbild

Workshop 4: Öffentlichkeitsarbeit für Ehrenamtsprojekte in der Geflüchtetenarbeit

Leitung und Organisation: Daniel Steinmaier (Informationsverbund Asyl und Migration)

Fast alle Projekte, die im Rahmen „Koordinierung, Qualifizierung und Förderung der ehrenamtlichen Unterstützung von Flüchtlingen“ gefördert werden, sind mit Öffentlichkeitsarbeit befasst. In der Regel gibt es für diesen Arbeitsbereich nur begrenzte Kapazitäten. Wie können diese optimal genutzt werden, um die jeweils vorliegenden Zielstellungen zu erreichen? Der Workshop lud zu dieser Frage zum gegenseitigen Austausch ein, erörterte typische Probleme und Herausforderungen und diskutierte Lösungsmöglichkeiten.

Unter anderem zeigte sich, dass viele Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter die Erfahrung machen, dass es aufgrund der generell geringeren Aufmerksamkeit für das Thema Flucht und Migration im Vergleich zu 2015 und 2016 etwas schwieriger geworden ist, die Projekte einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Manchmal kann sich dies sogar negativ auf die Motivation von Ehrenamtlichen auswirken, denn Aufmerksamkeit bedeutet auch Wertschätzung.

Vor diesem Hintergrund wurden zunächst die Ziele der Öffentlichkeitsarbeit der jeweiligen Projekte konkretisiert: Vielfach genannt wurde die Akquise neuer Ehrenamtlicher, die Information von Ehrenamtlichen und Geflüchteten zum jeweiligen Projektangebot sowie der Wunsch, auf den lokalen oder regionalen Diskurs über Geflüchtete Einfluss zu nehmen.

Orientiert an diesen Zielen wurden die verschiedenen Arbeitsbereiche der Öffentlichkeitsarbeit besprochen: Wie lassen sich lokale oder regionale Medien motivieren, über Ehrenamtsprojekte zu berichten? Wer hat positive Erfahrungen mit Pressearbeit vorzuweisen und was könnten Faktoren für diese Erfolge sein? Wo funktioniert es nicht und was ließe sich daran ändern? In der Diskussion möglicher Problemlösungen wurde unter anderem anhand der Nachrichtentheorie erörtert, was den Medien unter welchen Umständen eine

Nachricht wert sein können, welche Anlässe sich nutzen lassen und über welche Kanäle Redaktionen am besten erreicht werden – etwa idealerweise über persönliche Kontakte zu Journalistinnen und Journalisten, und nicht allein über den Versand von Presseerklärungen.

Im Arbeitsbereich „Social Media“ wurde unter anderem diskutiert, welche Zielgruppen über Facebook, Twitter und Co. erreicht werden können (nicht vergessen: die Geflüchteten selbst!), welche Kapazitäten für erfolgreiche Social-Media-Betreuung erforderlich sind und wie Inhalte der Projekte auf Facebook medien- und zielgruppengerecht formuliert werden können. Letzteres wurde auch praktisch geübt, indem Postings zu den eigenen Projekten formuliert und anschließend gemeinsam diskutiert wurden.

Ebenso tauschten sich die Teilnehmenden darüber aus, welche Anforderungen die Webseiten der Projekte oder entsprechende Unterseiten der Träger erfüllen sollten und wie sich Newsletter zur Information aber auch zur Motivation von Ehrenamtlichen einsetzen lassen. Auch der Stellenwert traditioneller Medien wie Flyer oder Broschüren angesichts der zunehmenden Bedeutung von Social Media wurde erörtert. Hier gibt es kaum ein Patentrezept: Viel hängt von den Rahmenbedingungen der Projekte, ihren lokalen Gegebenheiten und den jeweiligen Zielgruppe ab.



Fotodokumentation unter
www.is.gd/ws_oeffentlichkeit

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.

Oranienburger Straße 13-14
10178 Berlin
Telefon: 030 24089-0
Fax: 030 24089-134
E-Mail: info@bag-wohlfahrt.de
www.bagfw.de

weiterführende Informationen unter: www.fluechtlingshelfer.info

